



vertraulich

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden  
Mitglied des Stadtrates  
Torsten Schulze

Landeshauptstadt Dresden  
Geschäftsbereich Wirtschaft,  
Digitales, Personal und Sicherheit

GZ: (GB 3) 02 14

Datum: 20. MRZ. 2023

— **Industriepark Oberelbe**  
mAF0166/23

Sehr geehrter Herr Stadtrat Schulze,

Ihre oben genannte Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 26. Januar 2023 beantwortete ich wie folgt:

— **„Der Industriepark Oberelbe (IPO) soll zwischen Dohna, Heidenau und Pirna entstehen. Am 22. Mai 2018 gründeten Pirna, Dohna und Heidenau einen Zweckverband. Zwischen diesem und der Stadt Dresden besteht seit August 2018 eine Kooperationsvereinbarung.“**

**Welches Engagement plant die Stadt Dresden und Sie als Oberbürgermeister bei den Planungen und Entwicklungen des Industrieparks Oberelbe und wird über einen Beitritt der Stadt Dresden in den Zweckverband nachgedacht oder verhandelt?“**

— Die Landeshauptstadt Dresden ist an der Entwicklung und Planung des IndustrieParks Oberelbe nicht beteiligt und ein Beitritt in den Zweckverband IndustriePark Oberelbe nicht vorgesehen.

**Nachfragen:**

**„Das vorgesehene Gebiet für die Entwicklung des IPO weit außerhalb der Stadtgrenzen. Damit ist die Erzielung von Einnahmen aus Gewerbesteuern durch ein Engagement für den IPO sehr unwahrscheinlich.“**

**Welche (auch finanziellen) Vorteile werden bei einem Engagement bei der Entwicklung des IPO für die Stadt Dresden erwartet und würden diese die zu erwartenden Kosten decken?“**

Der Landeshauptstadt Dresden entstehen mit der Entwicklung des IndustrieParks Oberelbe keine Kosten und es werden auch keine Einnahmen für die Landeshauptstadt Dresden generiert. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung unterstützt die Landeshauptstadt Dresden den Zweckverband IndustriePark Oberelbe bei der Vermarktung der Flächen und trägt damit zur Stärkung der gesamten Region bei.

„An der geplanten Entwicklung des IPO gibt es große Kritik, u.a. im Hinblick auf Licht- und Lärmemission, Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, Versiegelung von Flächen und Beeinträchtigung von Sichtachsen und damit auch verbundenen Beeinträchtigungen des Barockgarten Großsedlitz. Die Bürgerinitiative "IPO stoppen" ruft regelmäßig auf, eine Petition zu unterzeichnen, die sich gegen Industrie am Barockgarten wendet. Der Stadtrat in Dohna hat bereits Beschlüsse gefasst, aus dem Zweckverband auszutreten.

Wie stellen sie sich als Oberbürgermeister und Vertreter einer Kulturstadt zu dieser Kritik und der Frage der dauerhaften Beeinträchtigung eines Kulturdenkmals wie dem Großsedlitzer Barockgarten?“

Die Landhauptstadt Dresden ist nicht an der Erstellung der Bebauungspläne beteiligt. Insofern kann ich keine fundierten Aussagen zu einzelnen Punkten der Planung treffen. Im Rahmen der Genehmigungsplanung ist der Vorhabenträger jedoch verpflichtet die Öffentlichkeit zu beteiligen, um berechtigte Kritik in der weiteren Planung zu berücksichtigen und die Genehmigungsfähigkeit seiner Planung herzustellen.


„Dass es keinen Beitrag zu dem Zweckverband gibt, ist eine positive Information. Das heißt aber trotzdem, dass sich die Landeshauptstadt in irgendeiner Form bei der Grundstücksentwicklung/Gewerbeflächenentwicklung beteiligt. Danach würde sich eine Nachfrage ergeben. Welche Effekte oder Vorteile werden bei dem Engagement, bei der Entwicklung des IPO für die Stadt Dresden erwartet und würden diese, die zu erwartenden und damit verbundenen Kosten auch decken? Für den Fall, dass es zu Grundstücksverkäufen/Gewerbeflächenverkäufen kommt, ist auch dann die Frage der Gewerbesteuer, die dann anfällt, zu klären. Wie ist der Stand der Dinge?“

Die Landeshauptstadt Dresden ist weder inhaltlich noch finanziell an der Grundstücks- bzw. Gewerbeflächenentwicklung beteiligt. Das Engagement der Landeshauptstadt Dresden soll sich gemäß Kooperationsvereinbarung auf eine Unterstützung bei der Vermarktung konzentrieren. Durch den guten Ruf der Landeshauptstadt Dresden bei Industrie, Forschung und Entwicklung sollen damit zukunftsfähige Unternehmen auf den IndustrieParks Oberelbe aufmerksam gemacht werden. Bei entsprechenden Ansiedlungen profitiert der gesamte Ballungsraum Oberes Elbtal durch die Schaffung gut vergüteter Arbeitsplätze und damit einhergehender Stärkung der Kaufkraft. Der Landeshauptstadt Dresden entstehen durch die Entwicklung des IndustrieParks Oberelbe weder Kosten noch direkte Steuereinnahmen.

Mit freundlichen Grüßen

  
i. V. Jan Donhauser  
Beigeordneter

Kenntnisnahme:

  
Dirk Hilbert  
Oberbürgermeister